Berner EVP

4/2026 September

Partie en français: pages 7/8

www.evp-be.ch, info@evp-be.ch

Informationen der Evangelischen Volkspartei des Kantons Bern

KANTONALE VOLKSABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER 2026

Ja zur Berner Bildungsinitiative

freepik.com

AZB 3001 Bern DIE POST

Die Stimmberechtigten des Kantons Bern entscheiden am 27. September über die Berner Bildungsinitiative. Die EVP unterstützt das Anliegen.

Was brauchen Kinder, damit sie in der Schule erfolgreich lernen und sich gut entwickeln können? Sie benötigen Orientierung, Sicherheit und Menschen, denen sie vertrauen können und die genügend Zeit haben, um die jungen Menschen auf ihrem Lern- und Lebensweg zu begleiten. Doch wegen dem Lehrpersonenmangel unterrichten in der Volksschulei immer häufiger Personen ohne vollständige pädagogische Ausbildung, Lehrpersonen arbeiten am Limit und wertvolle Zeit geht durch administrative Aufgaben verloren. Das gefährdet die Bildungsqualität und die Chancen unserer Kinder.

Ziele der Initiative

Die Initiative will deshalb die Bildungsqualität, genügend qualifizierte Lehrpersonen und den Kernauftrag der Volksschule in der Kantonsverfassung verankern. Sie fordert, den Lehrpersonenmangel frühzeitig zu erkennen, attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen, Quereinsteigende besser zu qualifizieren, die Schuleingangsphase zu stärken und Lehrpersonen administrativ zu entlasten.

Der Regierungsrat teilt die Ziele der Initiative und anerkennt den Handlungsbedarf. Er verweist auf bereits umgesetzte Verbesserungen und die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten. Auf einen Gegenvorschlag verzichtet er, weil solche Vorgaben aus seiner Sicht nicht in die Verfassung gehören.

Die grosse Mehrheit der EVP-Fraktion unterstützt die Initiative. Mehrere Fraktionsmitglieder engagieren sich im Initiativkomitee. Für unsere Fraktion steht das Wohl der Kinder im Mittelpunkt. Unsere Kinder verdienen die bestmöglichen Startchancen. Jedes Kind soll seine Fähigkeiten entwickeln und seinen eigenen Bildungsweg gehen können. Dafür braucht es gut ausgebildete Lehrpersonen mit genügend Zeit, um Kinder zu fördern, zu begleiten und ihnen Orientierung zu geben. Gute Bildung ist eine Kernaufgabe des Staates.

Katja Streiff, Grossrätin Oberwangen

PAROLEN ZUM 27. SEPT. 2026

Infos: www.evp-be.ch/abstimmungen und www.evppev.ch/abstimmungen

Berner Bildungsinitiative	JA
Neutralitätsinitiative	NEIN
Ernährungsinitiative	NEIN

GEMEINDEPOLITIK 2/5

Interviews zum EVP-Engagement in drei Berner Gemeinden.

VOLKSABSTIMMUNGEN 3

Am 27. September befindet das Schweizervolk über zwei Vorlagen.

GROSSER RAT 4

Berichte zur Sommersession und zur neu organisierten EVP-Fraktion.

NATIONALRAT 6

Nationalrat Marc Jost berichtet aus der Sommersession.

EDITORIAL

Eine Politik der Hoffnung

Der Tag der Grossratswahlen gehörte zu den schwierigsten meines Lebens. Nach Monaten voller Einsatz fühlte es sich an, als wären wir mit voller Geschwindigkeit gegen eine Mauer gefahren.

Auch wenn es schöner ist, Erfolge zu feiern, müssen wir anerkennen, dass Niederlagen zum Leben gehören. Gerade in solchen Momenten kann die Kraft des christlichen Glaubens entscheidend sein, wenn es darum geht, wieder aufzustehen und weiterzumachen. Auch in der Bibel begegnen wir Menschen wie Josef, Hiob oder Petrus, die schwere Rückschläge erlebten und dennoch Hoffnung für die nächsten Schritte fanden. Diese Hoffnung trägt auch uns als EVP.

Nach einer Zeit des Trauerns und Analysierens hat mich ein Kommentar unter einem Beitrag besonders ermutigt: «Jetzt erst recht!» Zu wissen, dass sich über 300 Kandidierende im Wahlkampf für die Politik der EVP engagiert haben, gibt Kraft.

Ich bin überzeugt: Unser Kanton braucht die Politik der EVP. Eine Politik, die Herausforderungen weder beschönigt noch Ängste bewirtschaftet, sondern ihnen mit Zuversicht, Verantwortung und dem Willen begegnet, tragfähige Lösungen zu finden. Eine Politik der Hoffnung.

Deshalb blicken wir nach vorne. Aus dem Vergangenen lernen wir, doch die Zukunft bleibt offen und gestaltbar. Auf kantonaler und kommunaler Ebene bieten sich uns viele Möglichkeiten, uns einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Auch wenn wir Niederlagen erlebt haben, liegt es an uns, die Chancen zu ergreifen und die Zukunft mit Hoffnung und Tatkraft mitzugestalten.

Barbara Stotzer-Wyss
Präsidentin EVP Kanton Bern

GEMEINDEWAHLEN IN LÜTZELFLÜH UND SIGNAU

«Gemeinwohl vor Parteipolitik»

Am 25. Oktober wählen die Stimmberechtigten in Lützelflüh und Signau ihre Gemeinderäte. In Signau kandidiert Andreas Jutzi (EVP) für eine weitere Amtszeit. In Lützelflüh möchte Daniel Ruch (neu) die EVP-Vertretung im Gemeinderat sichern. Im Interview sprechen sie über ihre Motivation und ihre Anliegen.

Andreas Jutzi

Daniel Ruch

Was gefällt dir an der Gemeindepolitik?

Andreas Jutzi: Besonders schätze ich, dass unsere Arbeit in der Regel einen direkten und spürbaren Einfluss auf den Alltag und die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger hat. Im Gemeinderat können wir konkrete Lösungen erarbeiten und tatsächlich etwas bewegen. Dabei steht für mich nicht die Parteipolitik im Vordergrund, sondern die sachliche Zusammenarbeit.

Daniel Ruch: Die Gemeindepolitik ist für mich Neuland. Bisher war ich in keiner Funktion in einer Gemeinde tätig, darum kenne ich die Mechanismen und Arbeitsweisen nur vom Hörensagen. Es freut mich aber sehr, wenn ich mit anderen engagierten Ortsansässigen ein Stück der Zukunft der Gemeinde Lützelflüh prägen darf.

Was wünschst du dir für die Zukunft deiner Gemeinde?

Andreas Jutzi: Die Gemeinde Signau soll lebenswert und attraktiv bleiben. Deshalb wünsche ich mir, dass alle, die in irgendeiner Form für Signau tätig sind, das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen und gemeinsam daran arbeiten, Signau fit für die Zukunft zu machen.

Daniel Ruch: Ich nehme Lützelflüh als gut aufgestellte, attraktive Gemeinde wahr, ideal um zu wohnen und ein Gewerbe zu betreiben. Darum wünsche ich mir für die Zukunft weiterhin: eine gewisse Offenheit, ein gut verträgliches Wachstum und ein zeitgemässes, sinnvolles Schulsystem. Um dies alles zu entwickeln und erhalten zu können, freue ich mich auf ein gutes Miteinander.

Interview: Philippe Messerli

Spendenbarometer

Stand 3. August. 2026:
CHF 110 501.–

Unser Ziel:
CHF 255 000.–

Die EVP braucht Ihre Unterstützung

Damit die EVP ihre politische Basisarbeit auch in Zukunft wirkungsvoll weiterführen und die nötigen Rückstellungen für die nationalen Wahlen 2027 bilden kann, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen.

Von unserem Spendenziel von **255 000 Franken** sind wir noch weit entfernt. **Deshalb zählt jetzt jede Spende.** Mit Ihrem Beitrag helfen Sie mit, dass sich die EVP auch künftig mit voller Kraft für ihre Werte und Anliegen einsetzen kann.

Herzlichen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung!

EVP Kanton Bern, PC 30-20312-1, IBAN CH20 0900 0000 2502 8820 7

AGENDA

Volksabstimmung
27. September 2026

Ausserordentliche DV EVP Kanton Bern
15. Oktober 2026, 19.30 Uhr, Kapelle EGW, Nägeligasse 9, Bern

Wintersession Grosser Rat
23. November bis 3. Dezember 2026

Ausserordentliche DV EVP Schweiz
28. November 2026

Volksabstimmung
29. November 2026

Ausserordentliche DV EVP Kanton Bern
12. Januar 2027, 19.30 Uhr, EGW, Jardin, Nägeligasse 9, Bern

NATIONALE VOLKSABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER 2026

Neutralität mit Augenmass statt starre Fesseln

Die EVP lehnt die Neutralitätsinitiative ab. Das Anliegen tönt auf den ersten Blick gut, schadet jedoch der Schweiz.

Seit 1848 ist die Neutralität ein Instrument für Sicherheit und Unabhängigkeit – kein Selbstzweck. Diese 175-jährige Tradition wird durch die Initiative gebrochen. Statt bewährter Flexibilität fordert sie ein starres Dogma, das unsere Handlungsfreiheit einschränkt. Dieser verfassungsrechtliche Käfig führt in eine sicherheitspolitische Sackgasse.

Isolation statt Kooperation
Moderne Verteidigung braucht internationale Kooperation, besonders bei der Cyber-Abwehr. Das Kooperationsverbot mit Partnern wie der Nato schwächt unsere Armee massiv. Interoperabilität lässt sich nicht erst im Ernstfall aufbauen, doch laut Initiative dürften Vorbereitungen dazu erst getroffen werden, wenn ein Angriff bereits erfolgt oder aktiv in Vorbereitung ist. Dann ist es aber zu spät. Ein Alleingang macht die Schweiz verwundbar.

Das Dilemma der Sanktionen
Solidarität ist ein christliches Gebot. Die Schweiz darf bei Völkerrechtsbruch nicht wegschauen. Zwar bleiben gewisse UN-Sanktionen erlaubt, doch das Verbot autonomer Massnahmen auch mit unseren engsten Partnern (EU / USA) degradiert uns zur «Oase für Kriegstreiber». Wer Umgehungen zulässt, verliert seine moralische Glaubwürdigkeit. Wahre Neutralität ist aktive Friedenspolitik, keine Gleichgültigkeit gegenüber dem Unrecht.

Marc Jost

Fazit: Ein klares Nein ermöglicht eine handlungsfähige Schweiz.
Ein Nein zur Initiative ist ein Akt der Vernunft. Wahre Neutralität erfordert Handlungsfreiheit und Solidarität – keine Isolation. Folgen wir dem Bundesrat und dem Parlament: Für eine Schweiz, die aktiv Frieden stiftet, statt sich selbst die Hände zu binden.

Marc Jost
Nationalrat, Thun

NATIONALE VOLKSABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER 2026

Keine rigiden Vorgaben zur Ernährung

Die Hitzewellen des zu Ende gehenden Sommers und die weltweiten Konfliktherde machen uns bewusst, wie wichtig und fragil Ernährungssicherheit ist. Da kommt die Ernährungsinitiative eben recht. Warum empfiehlt die EVP dennoch ein Nein?

Die Ernährungsinitiative greift wichtige Anliegen auf. Der Erhalt von sauberem Trinkwasser, Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität sind Ziele, für die sich die EVP seit Langem engagiert. Deshalb setzte sie sich für den Gegenvorschlag ein, der diese Anliegen aufnahm, im Parlament aber leider keine Mehrheit fand. Die Initiative jedoch geht mit ihren Forderungen zu weit. Sie will den Selbstversorgungsgrad der Schweiz innert zehn Jahren von gegenwärtig 48 auf mindestens 70 % erhöhen. Dies hat die Schweiz nicht einmal im 2. Weltkrieg erreicht, als Lebensmittel rationiert, Nutztiere geschlachtet und Pärke in Äcker umgewandelt wurden.
Zudem berücksichtigt die Initiative die Besonderheiten der Schweizer Landwirtschaft zu wenig. Ein grosser Teil der landwirtschaftlichen Flächen besteht aus Grasland, das sich nicht für den Ackerbau eignet. Die Nutztierhaltung ist dort ein wichtiger Bestandteil einer standortgerechten Bewirtschaftung, entlastet die Talbetriebe und trägt zum Erhalt der Kulturlandschaft bei. Eine drastische Verlagerung hin zur pflanzlichen Produktion würde insbesondere Bauernfamilien im Berggebiet existenziell bedrohen. Der Staat müsste zudem vorschreiben, wie landwirtschaftliche Flächen genutzt werden. Diese massiven staatlichen Eingriffe widersprechen den Grundsätzen der EVP.
Nachhaltige Veränderungen gelingen nur gemeinsam mit der Landwirtschaft, der Lebensmittelbranche und den Konsumentinnen und Konsumenten – nicht durch starre Verfassungsziele. Deshalb empfiehlt die EVP, die Initiative abzulehnen.

Simone Leuenberger

Simone Leuenberger
Grossrätin, Uettligen

ANZEIGEN

AUS DEM GROSSEN RAT

EVP-Schwerpunkte in der Sommersession

«Jetzt erst recht», haben wir uns gesagt, und sind trotz Wahlniederlage motiviert in die neue Legislatur gestartet.

Unsere Fraktionssitzungen starteten wir in dieser Session mit einer gesanglichen Besinnung, mit der wir die Werte unseres christlichen Glaubens ins Zentrum unserer Arbeit stellten. Die Andacht gibt es zwar immer, nur singend ist sie sonst nicht. Danach ging es ans sachpolitische, konstruktive Schaffen.
Simone Leuenberger setzte sich erfolgreich für die Erhöhung von Ausbildungsplätzen für Ärztinnen und Ärzten in Hausarztpraxen ein. Wenn die Praxisausbildung vermehrt in Hausarztpraxen stattfinden kann, wird damit auch der Ärztemangel ausserhalb der Zentren entschärft.
Hinschauen bei der Digitalisierung fordert eine von **Katja Streiff** miteingereichte Motion. Dieser auf das Gesundheitswesen zugeschnittene Vorstoss fordert den Kanton Bern auf, die Digitalisierung voranzutreiben, diese auf die vielseitigen Nutzer

Von links: Melanie Beutler-Hohenberger, Katja Streiff, Simone Leuenberger, Barbara Stotzer-Wyss, Tabea Bossard-Jenni.

abzustimmen, Doppelspurigkeiten mit nationalen Projekten zu vermeiden und Kostentransparenz herzustellen. Das Anliegen wurde ohne Gegenstimme überwiesen.
Hinsehen will die EVP auch im Bereich der häuslichen Gewalt und Femizide. Ein erster Schritt zur wirksamen Bekämpfung ist, dass man die Gewalttaten erfasst und benennt. Mitmotionärin **Melanie Beutler-Hohenberger** forderte zudem, dass weitere Schritte folgen, um gefährdete Frauen zu schützen.
Barbara Stotzer-Wyss kämpfte bei der Erbschaftssteuer für den Erhalt der Besserstellung der Ehe im Vergleich zum Konkubinat.
Auch nach der Abschaffung der Heiratsstrafe werden Ehepaare benachteiligt (prominentestes Beispiel sind die Renten). Während die Privilegien der Ehe nach und nach auf das Konkubinat ausgeweitet werden, bleiben die finanziellen Lasten der Ehe weitgehend erhalten. Dagegen haben wir uns – leider erfolglos – zu wehren versucht.
Politische Entscheide auf nationaler Ebene gefährden die kantonalen Gebäudesanierungsziele. Um diesem Umstand entgegenzuwirken, fordert die Motion von **Tabea Bossard-Jenni** eine Kurskorrektur. Der Grosse Rat erteilte einstimmig den Auftrag, Massnahmen zu erarbeiten.
Besonders bedanken möchten wir uns bei allen, die uns vor und während der Session begleitet haben. Die Fachgruppen, die uns unterstützen, die Personen, die unsere Arbeit auf den sozialen Medien pushen und uns ihr Interesse, Kritik und Ermutigung bekunden.

Tabea Bossard-Jenni
Grossrätin, Burgdorf/Oberburg

EVP-FRAKTION

Neue Legislatur in neuer Formation

Die kantonalen Wahlen vom März 2026 und die erste, konstituierende Session liegen hinter uns. Dazwischen lagen bewegte Wochen voller Feiern, Trauern und Neuorganisation.
Die EVP-Fraktion im Grossen Rat ist trotz nur geringem Verlust an Wählendenanteilen um vier Sitze kleiner geworden. Verabschieden mussten wir uns von Fraktionspräsident und Asylfachmann **Hanspeter Steiner**, Agrarfachmann und Deputationsmitglied **Tom Gerber**, Historiker und EVP-Sekretär **Philippe Messerli** sowie Unternehmer und Hotelier **René Müller**.
Die parlamentarische Arbeit verteilt sich nun auf fünf Schultern. Wir EVP-Grossrätinnen haben uns als reine Frauenfraktion schon gut in unsere neuen Rollen eingelebt. **Katja Streiff** hat das Fraktionspräsidium übernommen und bleibt weiterhin für Bildung zuständig. Unterstützt wird sie von Parteipräsidentin und Finanzkommissionsmitglied **Barbara Stotzer-Wyss**. **Simone Leuenberger** engagiert sich weiter in der Gesundheits- und Sozialkommission. Neu wirkt **Tabea Bossard-Jenni** in der Sicherheitskommission mit, während **Melanie Beutler-Hohenberger** im Richterwahlausschuss der Justizkommission tätig ist.
Die neue Ausgangslage bestärkt uns darin, noch enger mit unseren parteiinternen Fachkommissionen (Kästchen links) zusammenzuarbeiten. Herzlichen Dank allen Engagierten! Neue Interessierte sind herzlich willkommen – wir freuen uns über Kontaktaufnahmen via info@evp-be.ch.

Melanie Beutler-Hohenberger
Grossrätin, Gwatt (Thun)

Fachkommissionen der EVP Kanton Bern

- **Wirtschaft und Finanzen**
- **Soziales und Gesundheit**
- **Bildung**
- **Bau, Energie, Verkehr und Umwelt**

Für Landwirtschaft und Justiz beziehen wir Fachleute über Mailverteiler gezielt in unsere politische Arbeit ein.

Neue Mitarbeitende der EVP Kanton Bern

Jelena Brunner

Elia Leiser

Per 1. September verstärken zwei neue Mitarbeitende das Team der EVP Kanton Bern: Jelena Brunner übernimmt den Bereich Grafik (30 %), Elia Leiser ein 30 %-Pensum in den Bereichen Basisarbeit und Kommunikation.
Die EVP dankt Nadja Röthlisberger ganz herzlich für ihren wertvollen Einsatz als Grafikerin in den vergangenen vier Jahren und wünscht für die Zukunft alles Gute und Gottes reichen Segen.

STEFFISBURGER GGR-MITGLIEDER IM INTERVIEW

«Dorfpolitik ist nah am Alltag der Menschen»

Mirjam Nyffenegger und Reto Mosimann sind beide neu im Grossen Gemeinderat (GGR) von Steffisburg und stellen sich im November zur Wiederwahl. Im Interview sprechen sie über ihre Werte, Motivation und Schwerpunkte.

Warum bist du in der EVP?
Mirjam Nyffenegger: Ich bin in der EVP, weil sie in grossen Teilen meinen Werten entspricht und als Partei der Mitte Brücken zwischen unterschiedlichen politischen Lagern schlagen kann.
Reto Mosimann: Die EVP ist für mich die Partei in der Schweiz, die versucht, Menschen, Schöpfung und Glauben unter einen Hut zu bringen, ohne sich politisch zu stark nach links oder rechts auszurichten. Mitglied geworden bin ich allerdings erst, als ich in den GGR von Steffisburg nachgerückt bin.

Was gefällt dir besonders an der Gemeindepolitik?
Mirjam Nyffenegger: Dorfpolitik ist nah am Alltag der Menschen. Gerade diese Nähe macht sie spannend und verbindend.
Reto Mosimann: Es geht weniger um politische Grundsatzfragen als vielmehr um Sachfragen, die das Dorf direkt betreffen. Daran mitzuwirken, empfinde ich als sinnvoll, auch wenn die Wirkung des eigenen Engagements nicht immer sofort erkennbar ist. Besonders bereichernd ist für mich zudem der Kontakt mit den Menschen aus dem Dorf.

Mirjam Nyffenegger

Reto Mosimann

Was würdest du als Königin oder König von Steffisburg ändern?
Mirjam Nyffenegger: Ich sehe keinen wirklichen Mehrwert darin, in Steffisburg ein Königreich einzuführen – die politische Diskussion ist aus meiner Sicht sehr wertvoll. Ich würde gut durchdachte Wohnbaugenossenschaften und Hauskooperativen fördern, damit bezahlbarer und attraktiver Wohnraum für alle möglich wird. Ebenso wichtig sind für mich eine vorausschauende Planung von Begegnungszonen sowie eine starke Kinder- und Jugendarbeit, damit Ateliers, Bauspielplätze und andere Angebote entstehen und wachsen können. Ausserdem würde ich Ideen von Lehrpersonen und Schulen für ein vielfältiges Bildungsangebot unterstützen, sei es Waldschule, Atelierschule, Teamteaching oder andere innovative Ansätze. Solche Investitionen zahlen sich langfristig aus.
Reto Mosimann: Ich würde die Macht des Königs so einschränken, dass er dieselben Rechte und Pflichten hätte wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch. Das passt besser zu meinem Verständnis von Demokratie.

Interview: Philippe Messerli

KURZ-INFOS

News aus den Ortsparteien

Neophyten jäten in Büren
Die EVP Region Büren leistete auch dieses Jahr einen Beitrag zur Bekämpfung invasiver Neophyten. Ein Apéro rundete den Samstagmorgen-Einsatz ab.

Sterbehospiz in Biel
Die EVP Biel/Bienne setzt für ein Leben und Sterben in Würde ein und engagierte sich darum für ein Sterbehospiz in Biel. Nach längeren Vorarbeiten soll dieses nun 2029 eröffnet werden.

Finanz-Event zu Ittigen
An der Mitgliederversammlung der EVP Ittigen bot Rainer Jost, Abteilungsleiter Finanzen der Gemeinde, einen spannenden Einblick in die Gemeindefinanzen sowie zentrale Zusammenhänge und Herausforderungen.

Neu im GGR Münchenbuchsee

Weil Bernhard Wenger, Parlamentspräsident 2025, nach Schönbühl umzog, rückte die 36-jährig Familienfrau Anna Blaser in den Grossen Gemeinderat nach. Interview auf: **www.evp-buchsi.ch**.

Interview mit einer Sintezza
Die «Bantiger Post» publizierte ein ausführliches Interview mit Carmen Al-Zein, Vertreterin der Sinti in der «Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende». Sie wohnt in Ostermundigen und kandidierte auf der EVP-Liste schon zweimal fürs Parlament. PDF des Artikels: https://shorturl.at/Z31tn.

Wechsel im Parlament Köniz

Nach dem Rücktritt von Katja Streiff aus dem Gemeindeparlament rückte der 31-jährige Jurist Sven von Gunten aus Niederwangen motiviert ins Parlament nach.

Summer Bootcamp in Bern
Im Beisein von vier EVP-Grossrätinnen und einem Nationalrat fand im August als Auftakt zum Wahlkampf 2027 das Summer Bootcamp mit Workshops, Austausch, Grill & Chill & Pool bei Alt-Stadtrat Matthias Stürmer statt.

Wechsel in Grosshöchstetten
Die Mitglieder der EVP Grosshöchstetten wählten Christoph Geissbühler zum neuen Präsidenten. Der Fachspezialist Finanzhilfen im Bundesamt für Sozialversicherungen ist in der Gemeinde verwurzelt und Mitglied der Schwimmbad-Betriebskommission.

Neues Präsidium in Spiez
Nach 17-jährigem Wirken trat Markus Wenger als Parteipräsident zurück, Anna Fink wurde an

der Hauptversammlung als seine Nachfolgerin gewählt. Markus Wenger bleibt im Vorstand und übernimmt das Kassieramt.

AUGENBLICK

Schnell zum Hören

In einer Zeit, in der vieles schnell gehen muss, scheint eines immer knapper zu werden: echte Aufmerksamkeit füreinander. Zuhören und sich Zeit nehmen sind kostbare Güter geworden – und doch gehören sie zu den grundlegendsten Formen gelebter Menschlichkeit.

In meiner Arbeit als Schulsozialarbeiter erlebe ich täglich, wie entscheidend es ist, einem Menschen wirklich zuzuhören. Kinder und Jugendliche suchen oft nicht zuerst nach Lösungen. Sie wünschen sich jemanden, der da ist, hinhört, sie ernst nimmt und Zeit schenkt. Oft beginnt Veränderung genau dort: im ehrlichen Zuhören.

Was im Kleinen gilt, trägt auch im Grossen. Eine zentrale Aufgabe der politischen Arbeit besteht darin, Menschen und ihre Anliegen wahrzunehmen. Gute Politik entsteht nicht zuerst durch lange Debatten oder schnelle Antworten, sondern dort, wo wir bereit sind hinzuhören – gerade auch den Stimmen, die sonst leicht überhört werden.

Die Bibel erinnert uns daran mit einem einfachen und zugleich tiefen Gedanken: «Jeder Mensch sei schnell zum Hören, langsam zum Reden, langsam zum Zorn.» (Jakobus 1,19)

Vielleicht beginnt Veränderung manchmal nicht mit dem, was wir sagen – sondern mit der Zeit, die wir einem anderen Menschen schenken.

Simon Badertscher
Stadtrat, Thun

Die EVP im Web

Mehr Infos zur EVP finden Sie auf:

- **www.evp-be.ch**
- **www.evppev.ch**
- **www.jevp.ch**

AUS DEM NATIONALRAT

Einsatz für Familien

Die Sommersession bot emotionale Debatten und überraschende Wendungen. Zwei für unsere EVP-Politik zentrale Anliegen standen dabei im Fokus:

Erfolg für höhere Familienzulagen

Steigende Mieten, Krankenkassenprämien und Preise belasten Familien zunehmend. Umso unverständlicher war der knappe Beschluss der zuständigen Kommission, meine Parlamentarische Initiative für höhere Familienzulagen abzuschreiben. Mit einer breit abgestützten Online-Petition haben wir den Druck erhöht: Innerhalb von nur acht Tagen kamen über 11 000 Unterschriften zusammen! Dank dieser starken Rückendeckung lehnte der Nationalrat die Abschreibung ab. Damit bleibt das Geschäft im Rennen, und das Parlament kann nun konkrete Gesetzesvorschläge zur Entlastung von Familien ausarbeiten.

Schutz echter Familiengemeinschaften

Kritisch verlief die Debatte um sogenannte Stellvertreterehen (Trauung per Stellvertreter) im Ausland. Während Missbräuche wie Scheinehen konsequent verhindert werden müssen, forderte eine Ratsmehrheit auch einen automatischen Entzug des Familiennachzugs. Als Minderheitssprecher habe ich mich vehement gegen einen solchen Automatismus gewehrt, da er auch Ehen betrifft, die aus verständlichen Gründen (wie Auslandaufenthalten) geschlossen wurden. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass echte Familien ihr Recht auf Zusammenleben nicht verlieren.

Marc Jost, Nationalrat, Thun

FRAUENNETZWERK EVP BE

Kandidieren genügend Frauen?

In etwas mehr als einem Jahr – am 24. Oktober 2027 – finden die nächsten Nationalratswahlen statt. Vor kurzem haben wir an unserer kantonalen EVP-Delegiertenversammlung vom 13. August unsere Ziele dazu verabschiedet. Wir möchten nicht nur den Berner Nationalratssitz verteidigen und mit vier Listen antreten, sondern wir haben auch entschieden, dass sowohl Männer als auch Frauen mit einem Anteil von je mindestens 40 % auf allen Listen vertreten sein sollen. Dieses Ziel ist ambitioniert, aber allemal gerechtfertigt, sind doch beinahe 40 % aller 1426 Parteimitglieder Frauen, was auf den Wahllisten sichtbar sein muss.

Die aktuelle Zusammensetzung der Grossratsfraktion zeigt, dass genügend Frauen bereit sind, an vorderster Front Verantwortung zu übernehmen. Ob wir dieses Ziel erreichen werden, hängt in erster Linie davon ab, ob genügend Frauen bereit sind, für die EVP zu kandidieren. Kennst du solche Frauen? Oder hast du selbst Ambitionen? Dann bist du richtig beim Frauennetzwerk der EVP Kanton Bern: **www.evp-be.ch > Menschen > Frauennetzwerk EVP Bern**. Melde dich bei Präsidentin Barbara Streit-Stettler über 079 783 54 78 oder frauen@evp-bern.ch.

Frauennetzwerk EVP BE

ANZEIGEN

HASLIBERG OASE
www.haslibergoase.ch

TB TRANSPARENT BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

Los Lorentes
Residences
loslorentes.com

prosperita
Die christlich-ethische Pensionskasse
www.prosperita.ch

PEV bernois

4 / 2026 Septembre

www.pev-be.ch/actuel, info@pev-be.ch

Informations du Parti évangélique du canton de Berne

VOTATION CANTONALE DU 27 SEPTEMBRE 2026

Oui à l'initiative bernoise sur la formation

La population du canton de Berne se prononcera le 27 septembre au sujet de l'initiative bernoise sur la formation. Le PEV soutient cette initiative.

De quoi les enfants ont-ils besoin pour réussir leur scolarité et s'épanouir? Ils ont besoin d'être guidés, de se sentir en sécurité et d'être entourés de personnes en qui ils peuvent avoir confiance et qui ont suffisamment de temps pour les accompagner dans leur parcours scolaire et personnel.
Cependant, en raison de la pénurie d'enseignant·e·s, ce sont de plus en plus souvent des personnes sans formation pédagogique complète qui dispensent les cours à l'école primaire ; le corps enseignant travaille à la limite de ses capacités et perd un temps précieux en tâches administratives. Cela met en péril la qualité de l'enseignement et les chances de nos enfants.

freepik.com

Objectifs de l'initiative
L'initiative vise donc à inscrire dans la Constitution cantonale la qualité visée de l'enseignement, la disponibilité d'un nombre suffisant d'enseignant·e·s qualifié·e·s et la mission première de l'école primaire. Elle demande que la pénurie de personnel formé soit identifiée à un stade précoce, que des conditions de travail attractives soient mises en place, que les personnes en reconversion professionnelle soient mieux formées, que la phase d'entrée à l'école soit renforcée et que la charge administrative des enseignant·e·s soit allégée.
Le Conseil d'État partage les objectifs de l'initiative et reconnaît la nécessité d'agir. Toutefois, il souligne les améliorations déjà mises en œuvre et la bonne collaboration entre toutes les parties prenantes. Il renonce à présenter une contre-proposition, estimant que de telles dispositions n'ont pas leur place dans la Constitution.
La grande majorité du groupe parlementaire du PEV soutient l'initiative. Plusieurs députées PEV s'engagent au sein du comité d'initiative. Pour notre groupe, le bien-être des enfants est au cœur de nos préoccupations. Nos enfants méritent les meilleures chances possibles pour démarrer dans la vie. Chaque enfant doit pouvoir développer ses capacités et suivre son propre parcours éducatif. Pour cela, il faut un corps enseignant bien formé qui dispose de suffisamment de temps pour encourager les enfants, les accompagner et leur donner des repères. Une bonne formation est une mission primordiale de l'État.

Katja Streiff, députée, Oberwangen

VOTATIONS FÉDÉRALES DU 27 SEPTEMBRE 2026

Non aux œillères en politique extérieure

Le PEV recommande de rejeter tant les œillères imposées à la politique extérieure par l'initiative sur la neutralité qu'une autosuffisance excessive prônée par l'initiative sur l'alimentation.

Initiative sur la neutralité:
La neutralité de la Suisse est un acquis historique qui demeure aujourd'hui encore un bien précieux. Elle protège notre pays et lui permet de contribuer à un monde plus pacifique grâce à ses bons offices. Plutôt que de préserver cette neutralité qui a fait ses preuves, l'initiative sur la neutralité entend imposer un modèle qui imposerait des œillères à la politique extérieure de la Suisse : une politique qui détournerait le regard face aux injustices et tirerait profit des conflits, au lieu de sanctionner les violations du droit international. Ce n'est pas cela, la neutralité ; c'est une forme d'indifférence moralement inacceptable. C'est pourquoi le PEV recommande de rejeter cette initiative.

Initiative sur l'alimentation:
Préserver la fertilité des sols, la biodiversité et les ressources en eau potable : l'initiative sur l'alimentation soulève des préoccupations importantes et légitimes, que le PEV défend depuis toujours avec conviction. Sa revendication centrale est toutefois inutile et va trop loin. Porter le taux d'auto-approvisionnement de la Suisse à 70 % impliquerait une profonde transformation de l'agriculture suisse, sans bénéfice substantiel. Le PEV recommande par conséquent de rejeter cette initiative. Il regrette que ces préoccupations n'aient pas été reprises dans un contre-projet.

PEV CH

IMPRESSUM

Herausgeberin: EVP Kanton Bern, Postfach 9324, 3001 Bern, info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Redaktion: Christof Erne, Myrtenweg 27, 3018 Bern, bevp@evp-be.ch

Adressänderungen: Bitte schriftlich an EVP Schweiz, Postfach 9324, 3001 Bern, oder via www.evppev.ch/kontakt/adressaenderung

Inserate: IDEA, Urs Scharnowski, Tel. 031 818 01 46, urs.scharnowski@jordibelp.ch

Mediadaten: www.evp-be.ch > Aktuell > Zeitung «Berner EVP»

Jahresabonnement: Mitglieder: Fr. 5.–, Freunde / Gönner/innen: Fr. 3.–; IBAN CH64 3000 0001 3002 0312 1

Druckerei: Courvoisier-Gassmann SA, Biel-Bienne

Versandarbeiten / Beilagen: Atelier Passage, Müllerstrasse 3, 2562 Port, www.atelierpassage.ch, Tel. 032 331 66 55, info@atelierpassage.ch

EN DIRECT DU GRAND CONSEIL

Priorités du PEV lors de la session d'été

« Maintenant plus que jamais » fut notre pensée et, malgré le revers électoral, nous avons entamé cette nouvelle législature plus motivées·que jamais.

De gauche : Melanie Beutler-Hohenberger, Tabea Bossard-Jenni, Simone Leuenberger, Katja Streiff, Barbara Stotzer-Wyss.

Nous avons commencé nos réunions de groupe de cette session par une méditation chantée, soulignant ainsi que nous plaçons les valeurs de notre foi chrétienne au cœur de notre travail. Il y a toujours eu des méditations au début de la session, mais en général cela ne se faisait pas en chantant. Mais nous sommes vite passées au travail politique et constructif.

Simone Leuenberger a œuvré avec succès à l'augmentation des places de formation pour médecins dans des cabinets de médecine privés. Favoriser de plus en plus la formation pratique dans des cabinets de médecine signifie aussi combattre le manque de médecins en dehors des centres.

Une motion soumise par **Katja Streiff** invite à s'intéresser plus à la numérisation. Cette intervention consacrée à la santé incite le canton de Berne à accélérer les démarches concernant la numérisation, à l'adapter à divers utilisateurs, à éviter des doublons avec des projets nationaux et à établir une transparence des coûts. La demande fut transmise sans opposition.

Le PEV veut également attirer l'attention sur les violences domestiques et les féminicides. Pour lutter efficacement, il faut commencer par répertorier et nommer les actes de violence. Toutefois, la comotionnaire **Melanie Beutler-Hohenberger** a demandé également d'aller plus loin en prenant des mesures supplémentaires pour protéger les femmes en danger.

Dans le cadre de l'impôt sur les successions, **Barbara Stotzer-Wyss** a milité pour le maintien de l'amélioration apportée à la situation des couples mariés par rapport à celle des concubins. Même après la suppression de la pénalisation du mariage, les couples mariés sont toujours désavantagés (l'exemple le plus probant concerne les rentes). Alors que les privilèges du mariage sont étendus peu à peu au concubinage, les charges financières des couples mariés persistent largement. Nous avons essayé de nous y opposer, mais hélas sans succès.

Les décisions politiques prises au niveau national compromettent les objectifs cantonaux de rénovation des bâtiments. Pour contrecarrer ce fait, la motion de **Tabea Bossard-Jenni** invite à un changement de cap. Le Grand Conseil a donné mandat à l'unanimité d'élaborer des mesures.

Nous souhaitons remercier particulièrement toutes les personnes qui nous ont accompagné·e·s avant et pendant la session : les groupes spécialisés qui nous soutiennent et les personnes qui mettent en évidence notre travail sur les réseaux sociaux et nous font part de leur intérêt, de leurs critiques et de leurs encouragements.

Tabea Bossard-Jenni
députée, Berthoud/Oberburg

GROUPE PEV AU GRAND CONSEIL

Nouvelle formation pour la nouvelle législature

Les élections cantonales de mars 2026 et la première session constitutive sont enfin passées. Entre les deux, nous avons connu des semaines agitées, entre joie, peine et réorganisation.

Malgré une faible perte en pourcentage électoral, le groupe PEV a perdu quatre sièges au Grand Conseil. Nous avons dû nous séparer de **Hanspeter Steiner**, président du groupe et spécialiste des questions d'asile, de **Tom Gerber**, spécialiste des questions agricoles et membre de la députation, de **Philippe Messerli**, historien et secrétaire du PEV BE, et de **René Müller**, entrepreneur et hôtelier.

Le travail parlementaire du groupe repose désormais sur les épaules de cinq femmes députées. Nous avons bien endossé nos nouveaux rôles en tant que groupe PEV composé exclusivement de femmes. **Katja Streiff** a repris la présidence du groupe et reste en charge de la formation ; elle va être assistée par la présidente du parti et membre de la commission des finances **Barbara Stotzer-Wyss**. **Simone Leuenberger** poursuit son engagement dans la commission de la santé et des affaires sociales, tandis que **Tabea Bossard-Jenni** fait son entrée à la commission de sécurité et **Melanie Beutler-Hohenberger** est membre de la commission des élections des juges de la commission de la justice.

La nouvelle situation de départ nous pousse à collaborer encore plus étroitement avec nos commissions spécialisées internes au parti (voir encadré). Nous remercions chaleureusement toutes les personnes engagées dans cette démarche ! Nous accueillons avec joie les nouvelles personnes intéressées ; elles peuvent nous contacter à l'adresse info@evp-be.ch.

Melanie Beutler-Hohenberger
députée, Gwatt (Thoune)

VOTATIONS DU 27 SEPT. 2026

Infos: www.pev-be.ch/votations et www.evppev.ch/fr/votations

Initiative bernoise sur la formation	OUI
Initiative sur la neutralité	NON
Initiative sur l'alimentation	NON

Commissions spécialisées du PEV BE

- **Economie / finances**
- **Social / santé**
- **Education / formation**
- **Construction / énergie / circulation / environnement**